



Donnerstag, 11. Juni 2026, 16:00 Uhr
~19 Minuten Lesezeit

Korridor und Frontstaat

Wegen seiner Scharnierfunktion zwischen Russland, der islamischen Welt und dem Westen könnte das christliche Armenien in naher Zukunft an Bedeutung gewinnen.

von Sabiene Jahn

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Keni, GSPstock, Levon Avagyan)

Im Südkaukasus verdichten sich die Konfliktlinien einer neuen Weltordnung. Washington drängt mit der

sogenannten Trump-Route auf einen Transitkorridor zwischen Aserbaidschan, Armenien und der Türkei. Brüssel wirbt mit europäischer Annäherung, Moskau warnt vor strategischer Abkopplung, und Teheran fürchtet die Einkreisung seiner Nordgrenze. Armenien steht damit vor einer Wahl, die weit über Parteipolitik hinausreicht. Bleibt das kleine christliche Land Vermittler zwischen Ost und West oder wird es in die Logik einer neuen Front gegen Russland hineingezogen? Armenien sucht seinen Platz in einer Ordnung, die gerade neu vermessen wird.

Armenien wählt am 7. Juni 2026 ein neues Parlament. Auf dem Papier geht es um Mandate, Parteien, Koalitionen und den politischen Fortbestand von Ministerpräsident Nikol Paschinjan. Tatsächlich verhandelt diese Wahl jedoch die strategische Lage eines kleinen christlichen Landes zwischen Türkei, Aserbaidschan, Iran und Russland, die Zukunft des Südkaukasus, die westliche Route nach Zentralasien, den Zugriff auf Handels- und Energiekorridore und schließlich die Frage, ob Armenien eine Brücke zwischen Russland und Europa bleiben kann oder zum Puffer einer neuen Frontlinie wird. Die OSZE führt für diese Wahl eine Beobachtungsmission, rund 100 Beobachter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sind im Einsatz. Damit ist bereits die formale Dimension dieses Urnengangs sichtbar (1).

Der deutsche Journalist Patrik Baab hat dazu am 5. Juni ein Gespräch mit Ashot Grigorian vorgelegt, einem armenischen Unternehmer, Kulturvermittler und Diaspora-Akteur mit Sitz in Bratislava. Grigorian ist Präsident des Forums der Armenischen Verbände Europas. Seine Rolle in der armenischen Gemeinde der

Slowakei ist dokumentiert. Seine Aussagen sind parteilich, geprägt von armenischer Erfahrung, russlandnaher Sicherheitslogik und tiefer Skepsis gegenüber westlicher Geopolitik. Gerade deshalb sind sie relevant. Sie zeigen jenen Blick, der in westlichen Analysen häufig als Störgeräusch behandelt wird, obwohl er für viele Armenier existentiell klingt (2).

Armenien ist historisch mehr als ein postsowjetischer Kleinstaat. Es versteht sich als eine der ältesten christlichen Kulturen der Welt. Die traditionelle Datierung der Christianisierung zur Staatsreligion liegt im Jahr 301. Der Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich 1915/16 prägt das politische Gedächtnis bis heute. Das „United States Holocaust Memorial Museum“ spricht von mindestens 664.000 bis möglicherweise 1,2 Millionen Toten. Viele armenische Darstellungen nennen rund 1,5 Millionen Todesopfer. Diese Zahlen sind mehr als historische Statistik. Sie erklären, weshalb die Fragen von Grenze, Schutzmacht, Nachbarschaft und Verrat in Armenien eine seelische Tiefenschicht berühren, die westliche Strategiepapiere kaum erfassen (3).

Schauplatz eines Fünfecks

Der aktuelle Konflikt verdichtet sich an einem Wort: Korridor. Die von den USA gestützte „Trump Route for International Peace and Prosperity“, kurz TRIPP, soll Aserbaidschan über den Süden Armeniens mit seiner Exklave Nachitschewan und weiter mit der Türkei verbinden. In Washington wurde am 8. August 2025 ein Rahmenprozess angestoßen. Armenien und Aserbaidschan haben den Entwurf eines Friedensabkommens paraphiert. Der politische Vollzug bleibt jedoch an weitere Bedingungen geknüpft. Das „Carnegie Endowment for International Peace“, ein in Washington ansässiger außenpolitischer Thinktank, beschreibt TRIPP als zentralen Baustein einer neuen südkaukasischen

Verbindungsarchitektur. „Reuters“ verweist darauf, dass Washington über diese Route den westlichen Zugang nach Zentralasien stärken will (4).

Paschinjan verkauft diese Öffnung als „Crossroads of Peace“, als Befreiung Armeniens aus der Isolation. Die Grenzen zur Türkei und zu Aserbaidschan sind seit den frühen 1990er Jahren geschlossen. Eine Öffnung hätte ökonomisches Gewicht. Armenien könnte aus seiner Binnenlage heraus neue Transit- und Handelsfunktionen entwickeln.

Doch jede Karte hat eine zweite Lesart. Was in Brüssel und Washington als Konnektivität erscheint, wirkt aus Moskau und Teheran wie eine geopolitische Schneise. Der „Guardian“ beschreibt Armenien inzwischen als Schauplatz eines Fünfecks aus Russland, USA, Türkei, Europa und Aserbaidschan (5).

Grigorian's Warnung setzt an dieser Stelle an. Er sieht in TRIPP weit mehr als ein Infrastrukturprojekt. Aus seiner Sicht verschiebt der Korridor militärische und politische Gewichte im gesamten Südkaukasus. Er öffnet eine Achse zwischen Türkei, Aserbaidschan und Zentralasien, stärkt den sogenannten Mittleren Korridor und schwächt zugleich den russisch geprägten Nord-Süd-Korridor. Auch iranische Sicherheitsinteressen werden unmittelbar berührt. Grigorian's drastischste These ist, dass Armenien bei einer einseitigen Westbindung seine Staatlichkeit gefährden könnte, weil es sich von jenen beiden Nachbarn entfernen würde, die ihm bisher den engsten strategischen Rückhalt gaben: Russland und Iran (2).

Für westliche Strategen dürfte Grigorian's Warnung kaum rätselhaft sein. Sie beschreibt genau jene Machtverschiebung, an der Washington, Brüssel und Ankara mit Korridorpolitik, Sicherheitskooperationen und Beitrittsversprechen arbeiten. Wer Armenien aus seiner russisch-iranischen Sicherheits- und

Wirtschaftsbindung löst, verändert das Gleichgewicht des gesamten Südkaukasus. Der materielle Kern seiner Einschätzung lässt sich belegen. Armenien ist weiterhin eng mit Russland verflochten. „Reuters“ meldete, dass Armenien 2025 rund 82 Prozent seines Gases aus Russland bezog.

Putin verwies im April darauf, Armenien zahle 177,50 Dollar pro 1.000 Kubikmeter, während die Preise in Europa deutlich höher lägen. Russland steht zugleich für etwa 35 Prozent des armenischen Außenhandels, die EU für einen deutlich geringeren Anteil steht. Parallel erhöhte Moskau vor der Wahl den Druck. Es ging um Exportrestriktionen, Warnungen vor dem Verlust günstiger Energie und mögliche Maßnahmen im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion (6).

Auch die Energiearchitektur bindet Armenien an Russland. Das Kernkraftwerk „Metsamor“ arbeitet mit einem russischen VVER-440-Reaktor und liefert einen erheblichen Anteil des armenischen Stroms.

Die russische Militärbasis 102 in Gjumri bleibt laut dem 2010 verlängerten Abkommen bis 2044 einer der beständigsten Bestandteile der russisch-armenischen Sicherheitsbeziehung. Wer Armenien aus der russischen Ordnung lösen will, berührt damit Infrastruktur, Energie, Armee, Grenzen und Versorgung zugleich (7).

Die EU hat diesen Moment erkannt. Am 4. und 5. Mai 2026 fand in Jerewan erstmals ein EU-Armenien-Gipfel statt. António Costa und Ursula von der Leyen vertraten die Europäische Union, Nikol Paschinjan die armenische Regierung. Auf der Agenda standen Energie, Transport, Digitalisierung, Sicherheit, der Frieden im Südkaukasus und Visaerleichterungen. Bereits im April 2025 hatte Armenien ein Gesetz unterzeichnet, das den Prozess einer Annäherung an die EU rechtlich eröffnet. Paschinjan erklärte wiederholt, es handele sich um einen Integrationsprozess und noch

um keinen formalen Beitrittsantrag. Genau in dieser Lücke entsteht politische Täuschungsgefahr. Brüssel kann Annäherung versprechen, Schutz jedoch kaum gewährleisten (8).

Der Vergleich mit Georgien liegt nahe. 2008 erhielt Georgien auf dem NATO-Gipfel von Bukarest eine Beitrittsperspektive, jedoch ohne klaren Zeitplan und ohne belastbare Sicherheitsgarantie. Wenige Monate später eskalierte der Krieg um Südossetien. Der Westen lieferte politische Sympathie, Russland militärische Tatsachen. Armenien kennt diese Logik. Ein Staat kann in westlichen Reden bereits Teil des „freien Europa“ sein und im Ernstfall doch allein auf dem Schlachtfeld stehen (9).

Der zweite Bruch liegt im Inneren. Paschinjan kam 2018 aus einer Protestbewegung an die Macht. Nach dem Krieg von 2020, dem Verlust Bergkarabachs 2023 und der Flucht von rund 100.000 Armeniern aus der Region wurde seine Regierung zum Symbol einer schmerzhaften Neuorientierung. Für seine Anhänger ist sie der Versuch, Realpolitik über historische Romantik zu stellen. Für seine Gegner ist sie die Preisgabe armenischer Substanz. „Reuters“ beschreibt den Wahlkampf als Test für Paschinjans Friedenskurs mit Aserbaidschan und seine stärkere Westbindung. Seine Regierungspartei „Zivilvertrag“ liegt in Umfragen vorn. Das Lager des russisch-armenischen Unternehmers Samwel Karapetjan folgt mit deutlichem Abstand (10).

Doch die demokratische Oberfläche ist rau. Oppositionelle werfen Paschinjan autoritäre Methoden vor. Geistliche der Armenischen Apostolischen Kirche wurden seit 2025 in Verfahren wegen angeblicher Umsturzpläne verfolgt. Erzbischof Bagrat Galstanjan wurde mit weiteren Personen verhaftet. Samwel Karapetjan, russisch-armenischer Unternehmer und Unterstützer kirchennaher Opposition, kam nach sechs Monaten Untersuchungshaft in Hausarrest. Die Behörden sprechen von Angriffen auf die verfassungsmäßige Ordnung. Kritiker sehen darin politisch

motivierte Einschüchterung (11).

Die Frage ist daher nicht nur, ob Paschinjan Armenien nach Westen führen kann. Die eigentliche Frage lautet, ob er überhaupt die staatsmännische Kraft besitzt, Armenien als Brücke zu erhalten. Eine solche Rolle verlangt mehr als Reformrhetorik und internationale Kontakte.

Sie verlangt historisches Bewusstsein, Rücksicht auf Diaspora, Kirche und Karabach-Trauma, Gesprächsfähigkeit mit Russland und Iran sowie die Fähigkeit, westliche Angebote anzunehmen, ohne das Land zur Verfügungsmasse fremder Strategien zu machen. Genau daran bestehen erhebliche Zweifel. Paschinjans „Real Armenia“ trennt den heutigen Staat von historischen Bindungen, die für viele Armenier Identitätskern sind. Wer aber die eigene Diaspora, die Karabach-Erfahrung und die Apostolische Kirche politisch eindämmt, kann schwerlich jene Brücke bauen, die Armenien zwischen Russland und Europa sein müsste (12).

Grigorian geht weiter und erhebt einen besonders schweren Vorwurf gegen Paschinjan. Nach seiner Darstellung, gestützt auf Quellen in armenischen Geheimdienstkreisen, habe Paschinjan wenige Monate nach seinem Amtsantritt Bergkarabach dem aserbaidischen Präsidenten Ilham Alijew für fünf Milliarden Dollar angeboten. Der damalige Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, und der damalige armenische Präsident Armen Sarkissjan hätten das Gespräch nach Grigorian Angaben über abgehörte Kanäle mitverfolgt. Alijew habe abgelehnt. Politisch wäre eine solche Offerte von erheblicher Bedeutung. Bergkarabach wäre damit von einer historischen, nationalen und sicherheitspolitischen Frage in eine Transaktionsfrage verwandelt worden. Für Grigorian fügt sich dieser Vorwurf in ein größeres Bild politischer Preisgabe ein. Karabach erscheint demnach als frühes Hindernis auf dem Weg zu einer neuen außenpolitischen Linie, die Armenien näher an den

Westen, an Aserbaidshan und an die türkisch geprägte Korridorpolitik heranführt (2).

Die Diaspora wurde aus Wahl herausgedrängt

Die Diaspora bildet einen wahlpolitischen Schlüssel, der in westlichen Deutungen auffallend blass bleibt. Armenien hatte die Auslandswahl einst zugelassen. Vor den Änderungen von 2007 konnten armenische Staatsbürger, die im Ausland lebten oder sich dort aufhielten, an diplomatischen und konsularischen Vertretungen ihre Stimme abgeben. Diese Möglichkeit wurde mit den Änderungen vom 26. Februar 2007 gestrichen, im unmittelbaren Zusammenhang mit der Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit. Die Venedig-Kommission und OSZE/ODIHR hielten damals fest, dass alle Bestimmungen zur Auslandswahl aus dem Wahlgesetz entfernt wurden und diese Änderung faktisch bestimmte armenische Bürger entrechtete (13).

Die politische Begründung war offen ausgesprochen. Parlamentspräsident Tigran Torosian, ein führender Vertreter der regierenden Republikanischen Partei, erklärte im Februar 2007, das Schicksal der Republik Armenien solle in erster Linie von jenen entschieden werden, die die Probleme des Landes kennen und von ihnen betroffen sind. Das ist das klassische Argument gegen Diasporawahlrecht. Wer im Ausland lebt, trägt die unmittelbaren Folgen innenpolitischer Entscheidungen nur begrenzt. Doch gerade im armenischen Fall greift diese Logik zu kurz. Armenier im Ausland sind keine beliebige Exilgruppe. Sie sind Teil einer durch Genozid, Krieg, Arbeitsmigration und postsowjetische Verwerfungen zerstreuten Nation. Viele finanzieren Familien in Armenien, investieren, pflegen Eigentum, erhalten Sprache und Kirche, wirken politisch für armenische Anliegen und könnten unter anderen

politischen Bedingungen selbst zurückkehren. Wer sie wahlrechtlich auf Distanz hält, trennt Staatsvolk und nationale Gemeinschaft künstlich voneinander (14).

Zur Zeit dieser Änderung regierte Robert Kotscharjan, der zweite Präsident Armeniens. Er stammte selbst aus Karabach und verkörperte eine Sicherheitselite, die eng mit der Karabach-Frage, der Republikanischen Partei und der russischen Schutzlogik verbunden war. Nach dem Tod von Ministerpräsident Andranik Margaryan rückte Serzh Sargsyan am 4. April 2007 an die Spitze der Regierung und wurde 2008 Präsident. Die Einschränkung des Auslandswahlrechts war also kein Projekt Paschinjans. Sie entstand in einem älteren Machtgefüge, das die große, schwer kontrollierbare Diaspora offenbar als politischen Unsicherheitsfaktor betrachtete. Genau deshalb erhält die Regelung 2026 eine neue Schärfe. Was damals dem Schutz der inneren Machtbalance diente, kann heute in einem geopolitischen Richtungskampf zugunsten jener Kräfte wirken, die von einer geschwächten Diasporabeteiligung profitieren (15).

Eine Regierung, die sich als demokratische Erneuerung Armeniens präsentierte, hätte die faktische Ausgrenzung der Diaspora aus dem Wahlprozess an den Anfang ihrer Reformrhetorik stellen können. Genau das geschah nicht. Das „OSW Centre for Eastern Studies“ beschreibt Paschinjans Projekt als Stärkung staatlicher Institutionen bei gleichzeitiger Eindämmung des Einflusses der Diaspora, der Karabach-Bewegung und der Armenischen Apostolischen Kirche. Damit wird verständlich, weshalb die alte Wahlrechtskonstruktion heute eine neue Funktion erhält. Sie schwächt genau jene Kräfte, die Paschinjans Westkurs, seine Normalisierung mit Aserbaidshan und der Türkei sowie die Lösung Armeniens aus der russischen Sicherheitslogik am ehesten bremsen könnten (12).

Der westliche Kontext macht den Befund noch heikler.

Die EU war in Armenien schon sehr früh präsent. Der EU-Armenien-Aktionsplan im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik wurde im November 2006 gebilligt und zielte auf engere politische, wirtschaftliche, sicherheitsbezogene und kulturelle Beziehungen, auf institutionelle Reformen, europäische Normen und eine stärkere öffentliche Kommunikation über die EU in Armenien.

Das EU-Strategiepapier für 2007 bis 2013 beschrieb ausdrücklich die Förderung Armeniens auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft, die Umsetzung des Aktionsplans und eine stärkere politische und sicherheitspolitische Kooperation (16).

Der deutsche Anteil an dieser Entwicklung verdient besondere Aufmerksamkeit. 2006 regierte in Berlin die erste Große Koalition unter Angela Merkel. Das Auswärtige Amt lag bei der SPD. Außenminister war Frank-Walter Steinmeier, die Entwicklungszusammenarbeit führte Heidemarie Wieczorek-Zeul. Die EU-Armenien-Politik jener Jahre lief formal über Brüssel, politisch jedoch mit deutscher Mitverantwortung. Als der EU-Armenien-Aktionsplan im November 2006 gebilligt wurde, waren EU-Schlagworte bereits Teil jener Sprache, mit der die Europäische Union ihre östliche Nachbarschaft formte (17).

Ab 2014 wurde daraus auch ein direkter deutscher Förderstrang. Wieder lag das Auswärtige Amt bei Frank-Walter Steinmeier. Das Ministerium startete das Programm zur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der „Östlichen Partnerschaft und Russland“. Zu den Zielländern gehören Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien, die Ukraine und Russland. Gefördert werden unter anderem Medien, Wissenschaft, Bildung, Jugend, Zivilgesellschaft, Resilienz gegen Desinformation und Annäherung an die EU. Damit wurde Hilfe für die sogenannte Zivilgesellschaft zugleich zu einem außenpolitischen Instrument. Unter diesem Begriff firmieren häufig professionell organisierte, politisch

vernetzte NGOs, Medienprojekte, Bildungsinitiativen und Dialogformate, die weit über klassische Bürgergesellschaft hinausreichen. Formal geschieht dies im Namen von Demokratie, Pluralismus und Verständigung. Strategisch wirkt es in genau jenem postsowjetischen Raum, der Russland umgibt und in dem Armenien heute zwischen Brüssel, Washington und Moskau neu ausgerichtet werden soll (18).

Damit entsteht ein Widerspruch, der in den Wahlbeobachtungen viel zu wenig Gewicht erhält. Europäische Akteure sprechen von demokratischer Transformation, Pluralismus und europäischer Annäherung. Zugleich wird eine Wahlrechtsordnung hingenommen, die Millionen armenischer Landsleute faktisch aus dem Wahlprozess drängt. Formal kann ein Staat die Auslandswahl begrenzen. Politisch bleibt es ein schwerer Makel, wenn ein Land mit knapp drei Millionen Einwohnern einer Diaspora von etwa sieben Millionen Menschen nur symbolische Restzugänge eröffnet. Besonders schwer wiegt dies, weil die größte armenische Gemeinschaft außerhalb Armeniens in Russland lebt. Schätzungen nennen dort etwa 2,5 Millionen Armenier, andere Quellen sprechen von 2 bis 2,5 Millionen oder mehr. Genau diese Gruppe könnte in einer Wahl über EU-Kurs, russische Sicherheitsbindung und Korridorpolitik erhebliches Gewicht besitzen (19).

Diese Regelung blieb über die vergangenen Wahlperioden hinweg bestehen. 2017, 2018 und 2021 konnten aus dem Ausland nur eng begrenzte Gruppen abstimmen, vor allem diplomatisches und militärisches Personal samt Familien. Die Zahlen zeigen den Charakter dieser Ausnahme. 2017 wurden 747 elektronische Auslandsstimmen gezählt. 2018 waren es 504. 2021 gaben nur 500 von 650 registrierten Wählern auf diplomatischen und militärischen Listen ihre Stimme ab. Von echter Diasporabeteiligung kann bei solchen Zahlen daher keine Rede sein. Es handelt sich um eine symbolische Restöffnung für staatliches Personal. Für 2026 bestätigt OSZE/ODIHR erneut, dass die Stimmabgabe aus dem Ausland auf

diplomatisches und militärisches Personal begrenzt bleibt. Alle anderen im Ausland lebenden Wahlberechtigten können nur teilnehmen, wenn sie am Wahltag persönlich in Armenien erscheinen (20).

Hinzu kommt eine weitere Filterwirkung, die den Ausschluss der Diaspora verschärft. Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Vahagn Hovakimyan, erklärte im März 2026, armenische Bürger, die seit zehn Jahren oder länger im Ausland leben, fielen für die Parlamentswahl aus den Wählerlisten heraus. Diese Regel habe die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 2021/2022 um rund 200.000 reduziert. Formal lässt sich das Wahlrecht durch die Erneuerung eines Identitätsdokuments über ein Konsulat wiederherstellen. Praktisch bleibt es eine erhebliche Hürde, vor allem für jene Armenier, die in Russland, Europa oder den USA leben und familiär und wirtschaftlich eng mit Armenien verbunden sind. Damit entsteht neben dem fehlenden Auslandswahlrecht ein zweiter Filter. Wer lange im Ausland lebt, wird aus dem aktiven Wahlkörper herausgedrängt, obwohl er weiterhin Teil der armenischen Nation bleibt (21).

Der Preis fremder Großmachtlogik

So entsteht der Verdacht einer doppelten Buchführung. Wenn westliche Regierungs- und Geheimdienstquellen gegenüber „Reuters“ über angebliche russische Pläne berichten, russlandbasierte Armenier zur Wahl nach Armenien zu bringen, erscheint die Mobilisierung dieser Bürger als Einflussnahme (4). Wenn dieselben Bürger seit 2007 aus dem Ausland heraus kaum Zugang zur Stimmabgabe haben, wird dies als technische Wahlrechtsfrage behandelt. An originär europäischen demokratischen Standards gemessen reicht das kaum aus. Eine Wahl kann sauber ausgezählt und zugleich politisch verzerrt sein,

wenn ein erheblicher Teil des betroffenen Staatsvolks nur unter hohen praktischen Hürden teilnehmen kann. Im Fall Armeniens wirkt diese Konstruktion wie ein eingebauter Filter: Die Diaspora bleibt nationale Ressource, wirtschaftliche Stütze und moralische Berufungsinstanz, aber an der Wahlurne wird sie zur Störgröße (22).

Ashot Grigorian sieht Paschinjans EU-Kurs deshalb weniger als Ausdruck eines armenischen Volkswillens denn als Projekt einer Führung, die ihre eigene Zukunft an Brüssel, Washington und führende europäische Hauptstädte gebunden hat.

Seine Deutung ist hart – Paschinjan handle aus persönlichem politischem Nutzen, eng vernetzt mit Emmanuel Macron, Friedrich Merz und Keir Starmer, unter zusätzlichem Druck aus Washington. Der europäische Traum erscheint in dieser Lesart als Instrument. Er soll eine Bevölkerung ansprechen, die auf Visaerleichterungen, Investitionen und westliche Anerkennung hofft, während die strategische Rechnung längst woanders gemacht wird: bei Korridoren, Sicherheitsbindungen, Abkopplung von Russland und der Einbindung Armeniens in eine neue Frontstellung (2, 23).

Grigorian beschreibt die zeitliche Dimension dieser Strategie drastisch. Für Armenien spricht er von Monaten, höchstens einem Jahr, bis das Land militärisch dem Westen untergeordnet wäre. Für Russland nennt er einen längeren Horizont, vielleicht fünf Jahre. Gemeint ist eine gestaffelte strategische Erosion. Armenien wäre wegen seiner Größe, Binnenlage, wirtschaftlichen Abhängigkeiten und militärischen Verwundbarkeit sehr schnell in die westliche Korridor- und Sicherheitslogik eingespannt (2).

An diesem Punkt kippt die Korridorfrage endgültig von der Handels- in die Sicherheitslogik. Grigorian spricht davon, Washington wolle in Armenien eine NATO-Basis errichten. Die Provokation liegt auf der Hand.

In Gjumri befindet sich seit Jahrzehnten die russische Militärbasis 102, eines der festesten Elemente der armenisch-russischen Sicherheitsarchitektur. Ihr Stationierungsabkommen wurde bis 2044 verlängert. Würde Armenien künftig westliche Militärinfrastruktur auf seinem Gebiet zulassen, beträfe das den südlichen Sicherheitsgürtel Russlands, die iranische Nordgrenze und den gesamten Raum zwischen Schwarzem Meer, Kaspischem Meer und Zentralasien. Für Moskau wäre dies kaum anders zu lesen als der Versuch, den russischen Stützpunkt politisch zu entwerten und Armenien militärisch umzupolen (2, 7).

Grigorian's Stimme ist deshalb wertvoll, weil sie eine andere Lösung formuliert: Armenien als Brücke. Er beschreibt sich kulturell als Europäer, politisch als Freund Russlands, armenisch als Vertreter eines Volkes, das in der Geschichte den Preis fremder Großmachtlogik bezahlt hat. Seine Einschätzung – „Wir Armenier sind Europäer und wir sind absolute Freunde Russlands. Es gibt nur einen Weg, einen Dritten Weltkrieg zu verhindern: Europa muss mit Russland reden. Und wir Armenier können dabei helfen“ – verdient Aufmerksamkeit (2).

Spiel mit der Eskalationslogik

Das ist der Gedanke, den Europa längst aufgegeben hat. „Brücke“ klingt schwach, „Front“ hingegen klingt entschlossen. Dialog gilt als Naivität, Korridor als Fortschritt und Aufrüstung als Verantwortung. Genau diese Umwertung macht kleine Staaten gefährlich verwundbar. Wer Armenien helfen will, müsste seine Neutralität, seine wirtschaftliche Mehrfachbindung, seine religiöse und historische Eigenart, seine Diaspora und seine Sicherheitslage respektieren.

Die EU müsste aus der Ukraine, aus Georgien und aus

den Verwerfungen der Östlichen Partnerschaft gelernt haben, dass geopolitische Verschiebungen an Russlands Rand keine technokratischen Erweiterungsprojekte sind.

Doch Brüssel zieht aus diesen Erfahrungen keine erkennbare Konsequenz. Erneut werden historische Bindungen, regionale Verwundbarkeiten und elementare Sicherheitsinteressen übergangen, als ließe sich ein alter Kulturraum nach den Plänen westlicher Strategen neu vermessen. Die Provokation einer militärischen Eskalation wird dabei offenkundig in Kauf genommen, diesmal im Südkaukasus und auf dem Rücken Armeniens. Was als europäische Wertepolitik auftritt, wirkt längst wie die Getriebenheit einer imperialen Machtmaschine – rücksichtslos, selbstgerecht und unfähig, die Völkergemeinschaften des Kontinents in ihrer gewachsenen Ordnung zu achten (16, 18).

Aserbaidshan zeigt, wie viel Kraft eine solche Balancepolitik verlangt. Baku ist ein Beispiel für machtpolitische Beweglichkeit. Türkei, Israel, Russland, Iran, China, Zentralasien, USA und die EU werden gegeneinander austariert. (24) Ein CNN-Bericht über jüngste israelische Operationen auf aserbaidshanischem Gebiet zeigt jedoch, wie riskant diese Kunst geworden ist. (25) Wer mehreren Großmächten zugleich Spielräume öffnet, gewinnt Beweglichkeit, gerät aber auch in die Gefahr, selbst zum Operationsraum fremder Konflikte zu werden. Für Armenien wäre eine solche Rolle noch gefährlicher, weil das Land kleiner, verwundbarer und stärker von Russland, Iran und seiner Diaspora abhängig ist. Eine totale Bindung an EU und USA würde das Problem verschärfen. Armenien gäbe seine bisherige Balance preis und liefe Gefahr, vom Brückenstaat zum Operationsraum westlicher Interessen zu werden.

Dass diese Politik international Vertrauen verliert, zeigte sich in New York. Deutschland scheiterte am 3. Juni 2026 mit seiner

Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. In der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten gingen die beiden Sitze an Portugal und Österreich. Portugal erhielt 134 Stimmen, Österreich 131, Deutschland nur 104. Für Berlin war dies mehr als eine diplomatische Niederlage. Es war ein Misstrauensvotum gegen eine Außenpolitik, die von Völkerrecht spricht, aber außerhalb des westlichen Lagers zunehmend als selektiv, lagergebunden und militärisch aufgeladen wahrgenommen wird (26).

Außenminister Johann Wadepful verwies trotz geheimer Abstimmung umgehend auf russische Gegenarbeit, ohne dafür öffentlich belastbare Belege vorzulegen. Zugleich räumte er ein, Deutschlands Ukraine-Kurs und seine besondere Verantwortung gegenüber Israel könnten Stimmen gekostet haben. Und hier liegt die Pointe: Die Welt schaut auf Deutschland nicht mehr nur als Zahler und Bekenntnisstaat. Sie betrachtet Deutschland als Akteur mit doppelten Maßstäben. Wer in Gaza, in der Ukraine und nun im Südkaukasus jeweils unterschiedlich mit Souveränität, Selbstbestimmung und Sicherheitsinteressen umgeht, verliert jene Glaubwürdigkeit, die er als europäische Führungsmacht beansprucht. Wer Armenien als Rampe gegen Russland, Iran oder China benutzt, degradiert einen alten christlichen Kulturstaat zur geopolitischen Verfügungsmasse (27).

Die Wahl am 7. Juni entscheidet daher über mehr als Paschinjans Macht. Sie entscheidet über das Verhältnis von Versprechen und Schutz, von Handelsroute und Souveränität, von europäischer Sehnsucht und eurasischer Realität. Armenien braucht offene Wege, Handel, Reformen und Frieden mit seinen Nachbarn. Es braucht zugleich Schutz vor jener westlichen Gewohnheit, kleine Länder in große Konflikte hineinzuziehen und sie danach mit Solidaritätsformeln zurückzulassen.

Der Südkaukasus ist kein Randgebiet. Er ist ein Scharnier zwischen

Schwarzem Meer, Kaspischem Raum, Iran, Russland, der Türkei, Zentralasien und China. Wer dort eine neue Front baut, spielt mit einer Eskalationslogik, deren Folgen weit über Armenien hinausreichen. Armenien kann Brücke sein. Als Frontstaat würde es zerrieben.

Prognosen gehen auseinander

Der nächste Ministerpräsident ergibt sich erst aus der anschließenden Mehrheitsbildung. Im Zentrum steht Nikol Paschinjan mit seiner Regierungspartei „Zivilvertrag“. Ihm gegenüber stehen vor allem „Starkes Armenien“ um den russisch-armenischen Unternehmer Samwel Karapetjan, die „Armenien-Allianz“ des früheren Präsidenten Robert Kotscharjan und „Blühendes Armenien“ um Gagik Zaruikjan. OC Media beschreibt diese vier Lager als die entscheidenden Machtpole der Wahl.

Samwel Karapetjan gilt politisch als zentrale Figur von „Starkes Armenien“ und wurde von seinem Lager als möglicher Ministerpräsident präsentiert. Nach armenischem Verfassungsrecht steht dem jedoch seine zusätzliche russische und zyprische Staatsangehörigkeit entgegen. Formal führt deshalb sein Neffe Narek Karapetjan die Wahlliste. Samwel Karapetjan bleibt dennoch die politische Schwerkraft des Bündnisses. Diese Konstruktion zeigt, wie sehr die Wahl über formale Listen hinaus von Personen, Netzwerken, Loyalitäten und geopolitischen Bindungen geprägt ist.

Die Umfragen vor der Wahl zeigen ein deutlich schwankendes Bild. Reuters nennt kurz vor dem Urnengang für Paschinjans „Zivilvertrag“ je nach Erhebung etwa 24 bis 32 Prozent. „Starkes Armenien“ liegt demnach bei etwa 6 bis 11 Prozent. Andere armenische beziehungsweise diasporische Darstellungen weisen teils deutlich höhere Werte für Paschinjans Partei aus und sehen

auch Karapetjans Lager stärker. Diese Spreizung ist politisch aufschlussreich. Sie verweist auf unterschiedliche Erhebungsmethoden und verschiedene Lageröffentlichkeiten.



Sabiene Jahn Jahrgang 1967, ist freie Journalistin. Sie studierte Kommunikation der Werbewirtschaft. Seit über 35 Jahren ist sie als freischaffende Sängerin und Synchronsprecherin tätig. Seit 2015 engagiert sie sich in der deutschen Friedensbewegung. Sie gründete Anfang 2018 den parteifreien Bürgeraustausch „Koblenz: Im Dialog“, um mit Bürgern, Journalisten und Wissenschaftlern in den persönlichen Austausch zu kommen und veröffentlicht Interviews und Vorträge auf ihrem gleichnamigen YouTube-Kanal. Sie moderiert u.a. auf dem Kanal DruschbaFM die „NATO-Akte“.